

## 3978/J XXVIII. GP

---

**Eingelangt am 21.11.2025**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

# ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Barbara Kolm  
an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus  
betreffend **Wann kommt die Industriestrategie für den Standort Österreich?**

Im Ministerratsvortrag vom 19. März 2025 bekennt sich die Bundesregierung ausdrücklich zur Stärkung des heimischen Standorts, zur Schaffung und zum Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze sowie zur Steigerung der Produktivität zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und Industrie. Wörtlich heißt es:

*„Die Bundesregierung erstellt unter Einbindung relevanter Stakeholder – insbesondere der Sozialpartner – und Experten bis spätestens Ende 2025 eine neue Industrie- und Standortstrategie mit klarem Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der österreichischen Wirtschaft. Diese Strategie berücksichtigt die Notwendigkeit, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich zu schaffen und zu halten.“<sup>1</sup>*

Bis dato liegt die angekündigte Industriestrategie nicht vor. Die wirtschaftliche Lage bleibt indessen angespannt, die Inflations- und Arbeitslosenzahlen bleiben hartnäckig schlecht, die Energiepreise im internationalen Vergleich zu hoch: Österreich befindet sich laut WIFO im dritten Rezessionsjahr, die Industrieproduktion schrumpft weiter, die Wettbewerbsfähigkeit leidet unter hohen Lohnstückkosten, Energiepreisen und einer restriktiven EU-Regulierung. Die Produktivität stagniert und gleicht die Inflation bei weitem nicht aus. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter kritisieren die Verzögerung der Strategiefindung und fordern rasche, strukturwirksame Reformmaßnahmen.

Insbesondere die bis Ende 2026 befristete Strompreiskompensation, der zeitlich beschränkte Investitionsfreibetrag sowie die ausufernde Bürokratie werden von Unternehmen und Experten von nicht hilfreich bis standortschädlich kritisiert. Die von Bundeskanzler Stocker propagierte „2-1-0“-Formel (2% Inflation, 1% Wachstum, 0 Toleranz für Extremismus)<sup>2</sup> wird von der FPÖ als unzureichend für eine nachhaltige Industriepolitik angesehen.

---

<sup>1</sup> [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:f51693ba-ef45-4b97-a662-c65a3dc50db0/3\\_6\\_mrv.pdf](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:f51693ba-ef45-4b97-a662-c65a3dc50db0/3_6_mrv.pdf) (aufgerufen am 29.10.2025)

<sup>2</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000285013/stocker-will-reformen-vorantreiben-die-2-1-0-formel-soll-dabei-helfen> (aufgerufen am 29.10.2025)

Die wirtschaftliche Lage der österreichischen Industrie ist angespannt, zahlreiche Betriebe stehen vor existenziellen Herausforderungen. Eine rasche und wirksame Industriestrategie ist daher dringend geboten.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus nachstehende

### **Anfrage**

1. Wann wird die im Ministerratsvortrag vom 19.03.2025 angekündigte Industriestrategie für den Standort Österreich vorgelegt?
2. Welche konkreten Maßnahmen und Zielsetzungen sind in dieser Industriestrategie vorgesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der österreichischen Industrie nachhaltig zu stärken?
3. Welche Teilmaßnahmen dieser Industriestrategie stehen bereits fest?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Industriestrategie nicht nur ein Stakeholder-Dialog bleibt, sondern zu raschen, wirksamen Entlastungen und Strukturreformen führt?
5. Warum ist die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen nur bis 2026 befristet, während andere Länder diese Maßnahme bis 2030 machen?
  - a. Welche volkswirtschaftlichen Planungsgrundlagen lagen dieser Entscheidung zugrunde?
6. Welche Auswirkungen erwartet das Ministerium durch das frühe Auslaufen der Strompreiskompensation auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Industriestandort Österreich?
7. Aus welchen volkswirtschaftlichen Gründen wurde der Investitionsfreibetrag zeitlich bis Ende 2026 beschränkt, anstatt ihn unbefristet zu gewähren?
8. Welche Effekte erwartet das Ministerium von dieser kurzen Befristung auf Investitionen und Standortattraktivität?
9. Welche nachhaltigen Effekte erwartet die Bundesregierung von den bisher gesetzten kurzfristigen Maßnahmen?
10. An welchen ökonomischen Lehren wird sich die geplante Industriestrategie orientieren?
  - a. Wird sie angebots- oder nachfrageorientiert ausgestaltet?
11. Welche Maßnahmen sind geplant, um die Eigenverantwortung und Innovationskraft der Unternehmen zu stärken, staatliche Eingriffe zu reduzieren und die Staatsquote zu senken?
12. Wie bewerten Sie die Kritik, dass die „2-1-0“-Formel des Bundeskanzlers keine ausreichende industriepolitische Antwort auf die aktuellen Herausforderungen bietet?
13. Welche konkreten industriepolitischen Maßnahmen werden gesetzt, um die Ziele der Formel tatsächlich zu erreichen?
14. Wie geht die Industriestrategie auf die Prognosen von EU-Kommission, WIFO, IHS und Fiskalrat ein, wonach die Industrieproduktion 2025 weiter schrumpft und Österreich im EU-Vergleich weiter zurückfällt?
15. Welche Maßnahmen werden in der Industriestrategie gesetzt, um die Abwanderung bzw. Schließung von Betrieben und Fachkräften zu verhindern?
16. Wie wird in der Industriestrategie sichergestellt, dass neue gesetzliche oder regulatorische Vorgaben aus Brüssel und aus dem Regierungsprogramm nicht zu einer weiteren Belastung der Industrie führen?

17. Welche Rolle spielt die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren im Rahmen der Industriestrategie?
  - a. Gibt es konkrete Zielvorgaben zur Reduktion von Bearbeitungszeiten und Kosten?
18. Welche industriepolitischen Maßnahmen sind in der Industriestrategie geplant, um die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei Strom und Gas langfristig zu sichern?
19. Wie bewertet das Ministerium die Auswirkungen der aktuellen Energiepreispolitik auf die Standortattraktivität Österreichs im internationalen Vergleich?
20. Welche Schritte werden in der Industriestrategie gesetzt, um energieintensive Unternehmen vor weiteren Kostensteigerungen langfristig zu schützen?
21. Gibt es Überlegungen, die Strompreiskompensation über 2026 hinaus zu verlängern oder andere Instrumente zur Entlastung der Industrie einzuführen?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
22. Wie wird sichergestellt, dass die Transformation zu erneuerbaren Energien nicht zu einer weiteren Belastung für die Industrie wird?